



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 24.04.2012 – 08

VBE begrüßt »Grundrechtefibel«:

„POLITISCHE BILDUNG – EINE GEMEINSAME HERAUSFORDERUNG ALLER DEMOKRATEN!“

- DEMOKRATIE ist kein Appendix des Verfassungsschutzes –

„Mit der seit langem erwarteten »Grundrechtefibel« für die Demokratiebildung in der Grundschule haben Kultusminister Dr. Bernd Althusmann und Innenminister Uwe Schünemann einen notwendigen Schritt in Richtung aktiver politischer Bildung „von Anfang an“ in einer Einwanderungsgesellschaft getan. Dies gilt es durch Formen der Partizipation, Teilhabe und demokratischer Prozesse, Aufklärung gegenüber extremen grundgesetzfeindlichen Positionen und Prävention in der schulischen und außerschulischen Jugendzeit neu zu justizieren und auszubilden. Dazu taugt das stiefmütterliche Dasein der niedersächsischen politischen Bildung als Appendix des Verfassungsschutzes mit seinem schmalen Budget nicht länger.“ Mit diesen Worten kommentierte VBE-Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer die gestrige Vorstellung der von Baden-Württemberg angestoßenen »Grundrechtefibel« durch die beiden Minister.

Der von der ersten CDU-/FDP-Landesregierung eingeschlagene Weg der Aufhebung der Landeszentrale für Politische Bildung hat zu einer Isolierung der BZPB (Bundeszentrale für politische Bildung) geführt.

Dies ist nach Auffassung des VBE angesichts der multimedialen Herausforderungen und der Bedrohung demokratischer Lebens- und Gesellschaftsformen durch extreme Positionen, Sammelbecken und Parallelwelten nicht länger hinnehmbar.

„Deshalb fordern wir die im niedersächsischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien auf, sich in einer fraktionsübergreifenden Initiative einer unabhängigen Neuordnung und Neubelebung der »Politischen Bildung« in unserem Land anzunehmen – so abschließend in einem Pressegespräch VBE-Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer - bevor die Ränder antidemokratischer politischer Lebensformen in Niedersachsen noch weiter ausfransen.“